

Der Kampf der KPD um Masseneinfluß

BEKANNTMACHUNG

Vom 4. bis 17. März

liegen in den Gemeinden die Eintragungslisten zum

Volksbegehren

an:

**Jeder Mann und jede Frau,
die am Eintragungstag 20 Jahre alt sind, haben die politische
Pflicht, sich einzutragen. (Ausweis über die Person mitnehmen!)**

Verordnungsnummer (Verordnungsblatt I 1981 S. 143).

§ 14 Abs. 1 Satz 1

Unverzüglich nach Eröffnung der Wahlkreise hat der Wahlberechtigter zu entscheiden, ob er sich einträgt, und, falls er sich einträgt, ob er sich als Mitglied der KPD einträgt.

Die Entscheidung zum Eintragungsbescheid hat zu erklären, daß alle Eintragungsbedingungen bei der Wahl für die Wahlkreise erfüllt sind. (Ausweis über die Person mitnehmen.)

Unverzüglich nach Eröffnung der Wahlkreise hat der Wahlberechtigter zu entscheiden, ob er sich einträgt, und, falls er sich einträgt, ob er sich als Mitglied der KPD einträgt.

Die Entscheidung zum Eintragungsbescheid hat zu erklären, daß alle Eintragungsbedingungen bei der Wahl für die Wahlkreise erfüllt sind. (Ausweis über die Person mitnehmen.)

Fürstenenteignung

Studienmaterial für das 4. Thema
im Bildungsjahr der DKP 1980/81

Preis für Nichtmitglieder 0,50 DM

Weiterführende Literatur zum Thema:

Ernst-Thälmann-Biographie (Kapitel 3 und 4)

Ruge: Weimar, Republik auf Zeit, Seite 125–212

Seminarfragen

1. Warum sah die KPD in der Umstellung ihrer Organisation auf Betriebszellen eine ihrer Hauptaufgaben? Warum ist der Aufbau von Betriebsgruppen ein Wesensmerkmal einer kommunistischen Partei?
2. Welche Haltung bezog die KPD zu den freien Gewerkschaften? Was führte zur Bildung der RGO und welche Lehren ziehen wir daraus?
3. Welche Erfahrungen vermittelt uns die Massenarbeit der KPD in dieser Zeit, was können wir lernen von ihrer Verankerung in den Massenorganisationen und ihrer Fähigkeit, große demokratische Bewegungen auszulösen?

Der Kampf der KPD um Masseneinfluß – Die Arbeit in Betrieben und Gewerkschaften

1

Im Verlauf des Jahres 1924 veränderten sich die Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung grundlegend. Die Nachkriegskrise war beendet, die Arbeiterklasse hatte bei dem Versuch, aus ihr einen revolutionären Ausweg zu finden, eine Niederlage erlitten. Es gelang den reaktionären Parteien des Großkapitals, ihren Einfluß zu vergrößern. Infolge der Verlagerung des gesamten politischen Spektrums nach rechts, aber auch aus Furcht vor neuen Massenbewegungen der Arbeiterklasse, verringerten sich die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Flügeln des Großkapitals. Auch die monarchistische Reaktion war bereit, sich zumindestens zeitweilig mit der Weimarer Republik abzufinden und sogar in dieser Republik Regierungsverantwortung mitzuübernehmen. So wurde der kaiserliche Feldmarschall Hindenburg 1925 Präsident der Republik. Die SPD wurde bis 1928 in die Opposition gedrängt, statt dessen das Regierungsbündnis zeitweilig bis zur monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), der damals äußersten Rechten, ausgedehnt.

Stabilisierung des Kapitalismus

Am Beginn dieser Stabilisierung des Kapitalismus stand die Stabilisierung der Mark Ende 1923. Mit ihr verbunden war ein neues Reparationsabkommen, das die deutschen Zahlungen verringerte und auf einen längeren Zeitraum streckte. In wenigen Jahren flossen große Summen amerikanischer Kredite nach Deutschland, die zu einem raschen Aufschwung der Wirtschaft beitrugen. Deutschland erreichte 1927 den Stand der Vorkriegsproduktion. Die Lage der Arbeiterklasse besserte sich, gemessen an der Not von Krieg und Inflation, obwohl weiterhin alle Reparationslasten auf ihre Schultern geladen wurden und zugleich durch Rationalisierung die Ausbeutung gesteigert wurde.

Auch im internationalen Rahmen war die Nachkriegskrise beendet. Revolutionäre Kämpfe wurden, mit Ausnahme Chinas, niedergeworfen, in Italien und Bulgarien herrschten faschistische, in Ungarn und Polen halbfaschistische Regime. Die internationalen Widersprüche sowohl zwischen Siegern und Besiegten des ersten Weltkrieges als auch zwischen den Siegermächten wurden zeitweilig abgeschwächt.

Dennoch war die Stabilisierung des Kapitalismus nur relativ, im Vergleich zur zugespitzten Situation der Nachkriegskrise. Es war trotz aller Anstrengungen des internationalen Kapitals nicht gelungen, die junge Sowjetmacht zu erwürgen. Ein Sechstel der Erde blieb sozialistisch, der Kapitalismus hatte endgültig aufgehört, ein weltumspannendes System zu sein. Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten waren zeitweilig vertagt, nicht aufgehoben. Der Kampf der unterdrückten Völker in den Kolonien und abhängigen Ländern ging weiter. Ebenso wenig war es in den kapitalistischen Ländern gelungen, die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen. Die kommunistischen Parteien, zusammengeschlossen in der Kommunistischen Internationale, festigten sich. Im weltrevolutionären Prozeß war eine Periode der Ebbe eingetreten, doch war eine neue Flut voraussehbar. Die konkrete Krise der Nachkriegszeit war beendet, die allgemeine Krise des Kapitalismus blieb.

Warum nur „relative Stabilisierung“?

Ultralinke gefährden Masseneinfluß

Ernst Thälmann an der Spitze der Partei

I. Welche Bedeutung hatte die Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees der KPD für die weitere Arbeit der Partei?

Auf dem 9. Parteitag der KPD, der im April 1924 illegal in Offenbach und Frankfurt am Main tagte, erhielt die ultralinke Gruppe um Ruth Fischer, Arcady Maslow, Werner Scholem und andere maßgeblichen Einfluß auf die Führung der KPD. Diese Entwicklung wurde begünstigt durch die rechtsopportunistischen Fehler der Parteiführung unter Brandler und Thalheimer in den Kämpfen des Jahres 1923, durch die Enttäuschung über die Niederlage der Arbeiter und die Festigung der Kapitalmacht, aber auch durch das Verbot der KPD. Ruth Fischer und ihre Freunde kritisierten nicht nur die wirklichen Fehler, sie griffen alle Erfahrungen der Partei im Ringen um die Einheitsfront der Arbeiter, um Etappenziele auf dem Weg zum Sozialismus generell an. Die von der Partei und der Internationale beschlossene Orientierung auf die Verbesserung der Arbeit in den Betrieben wurde sabotiert, viele Kommunisten traten aus den Gewerkschaften aus. Dieses ultralinke Gebahren verstärkte den raschen Rückgang des Masseneinflusses der Partei. Dieser hatte zugleich objektive Ursachen.

Angesichts der Stabilisierung des Kapitalismus resignierten viele Arbeiter. In anderen Teilen der Arbeiterklasse verstärkten sich opportunistische Illusionen über den Kapitalismus. Die Mitgliederzahl der KPD ging bis zum 10. Parteitag (1925) auf 114 000 zurück, die Zahl der für die KPD abgegebenen Stimmen sank von 3,7 Millionen bei den Reichstagswahlen im Dezember des gleichen Jahres und auf 1,9 Millionen bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1925. Noch schlimmer war der Rückgang des Einflusses in den Gewerkschaften. Unter den Delegierten des ADGB-Kongresses 1925 waren nur noch zwei Kommunisten gegenüber 90 auf dem Kongreß im Jahre 1922.

Der 10. Parteitag der KPD setzte sich bereits stark mit den Fehlern der Ultralinken auseinander, doch konnte deren Einfluß noch nicht überwunden werden.

Nach dem Parteitag gingen die Auseinandersetzungen weiter, wobei die Kommunistische Internationale große Hilfe leistete. Nach langen Beratungen mit einer Delegation der KPD – darunter Ernst Thälmann und Ruth Fischer – wandte sich das Exekutivkomitee der KI mit einem offenen Brief an die deutschen Kommunisten, der in der Roten Fahne veröffentlicht wurde. Darin wurden die Folgen der ultralinken Politik allen Kommunisten vor Augen geführt und die KPD aufgefordert, diesen Kurs zu korrigieren. Im Ergebnis einer mehrwöchigen Parteidiskussion stimmte die große Mehrheit der Partei dieser Kritik zu. Ernst Thälmann wurde von der 1. Parteikonferenz am 31. Oktober 1925 mit der Führung der Partei beauftragt. Mit Ernst Thälmann übernahm eine Gruppe aus der Arbeiterklasse kommender kampfbewußter und standhafter Kommunisten wie Fritz Heckert, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Walter Ulbricht und andere die Führung der Partei. Ihre wichtigste Sorge war, die Partei zu festigen und sie eng mit den Massen zu verbinden.

In dieser Zeit entstand die Losung von der Bolschewisierung der Kommunistischen Partei. Die Feinde der kommunistischen Bewegung versuchten damals wie heute, diese Losung zu verfälschen, sie als eine Unterordnung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der anderen Bruderparteien unter die Befehlsgewalt Moskaus zu diffamieren. Doch die Losung entstand nicht in Moskau, sie entstand in Deutschland. In ihr steckte die Erkenntnis, daß die Kommunistische Partei Deutschlands noch viel tun mußte, um sich den Leninismus, die Weiterentwicklung der Theorie von Marx und Engels unter den Bedingungen des Imperialismus und die Erfahrungen seiner Anwendung durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), anzueignen.

Es ging nicht nur darum, ultralinkes Sektierertum zu überwinden, auch Überreste sozialdemokratischer Verhaltensweisen waren in der Partei stark vorhanden angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit ihrer Funktionäre aus der alten Sozialdemokratie kam. Sozialdemokratische Politik und Organisationsprinzipien aber – das hatte die Geschichte bewiesen – führten zur Unterordnung der Arbeiterklasse unter den Kapitalismus. Aneignung der Erfahrungen des Leninismus dagegen hieß, sich Erfahrungen einer Arbeiterbewegung anzueignen, die sich frei und unabhängig gemacht hatte von allen Einflüssen bürgerlicher Ideologie.

Eine der wichtigsten Aufgaben, die mit der Aneignung der Lehren Lenins verbunden war, war die Organisation der Partei auf der Grundlage von Betriebszellen. Diese Aufgabe, die Partei in Betriebszellen zu organisieren, ergibt sich aus dem Charakter der kommunistischen Parteien als Parteien der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist die entscheidende gesellschaftliche Kraft im Kampf gegen die Macht des Großkapitals. Sie ist der hauptsächlichste Schöpfer aller Werte, unterliegt am stärksten und unmittelbarsten der kapitalistischen Ausbeutung. Vom Kapital in den Betrieben konzentriert, lernt die Arbeiterklasse im täglichen Kampf die Bedeutung der Organisation und der Solidarität. Die Betriebe sind der alltägliche und ständige, zugleich aber auch wirksamste Punkt in der Klassenauseinandersetzung mit dem Kapital. Hier muß eine Arbeiterpartei organisiert sein, will sie den Kern der Klasse überzeugen, für den Kampf um den Sozialismus gewinnen.

**Bedeutung der
Betriebszellen**

Die Forderung nach Schaffung von Betriebszellen war nicht neu, wurde jedoch vorher nie verwirklicht. Jetzt, unter Thälmanns Führung, wurde diese Verankerung der Kommunisten in den Betrieben ernsthaft in Angriff genommen. Bis zum 11. Parteitag, der vom 2. bis 7. März 1927 in Essen tagte, waren 2107 Betriebsgruppen der Partei entstanden. Daneben war die Partei zu diesem Zeitpunkt in rund 2600 Straßenzellen bzw. Ortsgruppen organisiert. Auch damals war die Bildung von Betriebsgruppen keine einfache Aufgabe. Von den rund 125 000 Parteimitgliedern, die 1927 organisiert waren, war zwar die große Mehrheit Industriearbeiter, doch etwa die Hälfte aller in Betrieben tätigen Parteimitglieder arbeitete in kleinen Fabriken mit weniger als 100 Beschäftigten, nur ein Fünftel in Betrieben mit mehr als tausend Beschäftigten. Dennoch löste die Partei die komplizierte Aufgabe ihrer Umstellung auf den Betrieb als das Hauptkampffeld zur Durchsetzung ihrer Politik.

Einheitliches Bildungssystem

Als ein weiteres Merkmal einer kommunistischen Partei wurde, beginnend mit dem Jahr 1925, auch schrittweise ein einheitliches, alle Parteimitglieder erfassendes Bildungssystem der Partei aufgebaut. In den Bezirken wurden Funktionärsschulungen von wenigen Tagen organisiert. In Berlin-Fichtenau entstand die Parteischnule der KPD, „Rosa Luxemburg“. Es wurde begonnen, systematischer die Schriften Lenins auch der deutschen Arbeiterklasse zugänglich zu machen. Damals erschienen die von Hermann Duncker betreuten Elementarbücher des Kommunismus in größerer Auflage.

Durch all diese Maßnahmen wuchs die Einheit, Geschlossenheit, aber auch die politische Wirksamkeit der kommunistischen Partei. Die KPD war im Vergleich zur SPD eine relativ kleine Partei, sie hatte in der Zeit der relativen Stabilisierung im Durchschnitt etwa 120 000 Mitglieder. Aber unter Thälmanns Führung verstand es diese Partei, sich millionenfach mit den Massen der Arbeiterklasse zu verbinden. Die KPD wurde zur führenden Kraft eines ständig wachsenden Teils der Klasse, nicht dadurch, daß sie Führungsanspruch proklamierte, sondern dadurch, daß ihre führende Rolle von immer mehr Angehörigen der Arbeiterklasse im praktischen Kampf anerkannt wurde.

KPD für Gewerkschaftseinheit

Ernst Thälmann, der schon auf dem 10. Parteitag 1925 das Referat zur Gewerkschaftsfrage gehalten hatte, wandte sich energisch gegen die Auffassungen, man könne in den sozialdemokratisch geführten freien Gewerkschaften nicht arbeiten. Die Parteiführung orientierte auf den Wiedereintritt ausgetretener Kommunisten in die freien Gewerkschaften und auf aktive Mitarbeit. Sie lehnte die Schaffung eigener kommunistischer Gewerkschaften ab, obwohl alle anderen politischen Hauptströmungen der Weimarer Republik über eigene Gewerkschaften verfügten. Die Entscheidung, in den sozialdemokratischen Gewerkschaften mitzuwirken, war also eine bewußte Entscheidung der Kommunisten für die Aktionseinheit in dieser größten Organisation der Arbeiterklasse. Im Ergebnis dieser Orientierung der Parteiführung und der Rolle, die Kommunisten bei großen gewerkschaftlichen Kämpfen dieser Zeit spielten, stieg ihr Einfluß in den Verbänden des ADGB. In den Ortsausschüssen des ADGB gab es 1925 19 Prozent Kommunisten, bis 1927 stieg ihre Zahl auf 24 Prozent.

RFB – anti- militaristische Wehrorganisation

Die Partei als führende Kraft in der Klasse zu verankern, das hieß zugleich, eine ganze Anzahl von Organisationen zu schaffen, mit der sich verschiedenste Gruppen und Interessen in der Arbeiterklasse mit der Politik der Partei verbanden. Am Ende der revolutionären Nachkriegskrise waren die offen konterrevolutionären Freikorps und Einwohnerwehren aufgelöst worden. Doch die Reaktion ging dazu über, neue Wehrverbände als Reserven des Militarismus zu schaffen. Im Ergebnis entstanden große paramilitärische Organisationen, sowohl bei den konservativen Parteien als auch bei den sogenannten Weimarer Parteien (DDP, Zentrum, SPD). Vor allem der mit der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Reichswehr eng zusammenarbeitende Stahlhelm war eine Hunderttausende umfassende militaristische Massenorganisation. Die Existenz dieser paramilitärischen Verbände bei allen politischen Gruppierungen der Weimarer Republik zwang auch die Kommunisten, zum Schutz ihrer Versammlungen und Kundgebungen eine antimilitaristische Wehrorganisation zu schaffen, den Rötten Frontkämpferbund. Die Mehrheit seiner Mitglieder war nicht Mitglied der KPD, war jedoch mit der Politik der Partei aufs engste verbunden. Ernst Thälmann wurde Vorsitzender auch des RFB.

Große Aufmerksamkeit widmete Ernst Thälmann der Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands und der Pionierorganisation. Er sah die Bedeutung der Jugend nicht allein in ihrer Zahl. Er sah sie gleichermaßen in den Eigenschaften, die junge Arbeiter auszeichnet, in ihrer Aktivität, Begeisterungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft. Nicht zuletzt hob Ernst Thälmann immer wieder die Tatsache hervor, daß die jugendlichen Arbeiter noch nicht durch die reformistische Schule gegangen sind. Er bezeichnete es als einen großen Vorzug der kommunistischen Bewegung im Gegensatz zu allen anderen politischen Kräften, daß sie aufgrund ihres revolutionären Wesens keine Generationskonflikte kennt. Auch in späteren Perioden der Weimarer Republik hatte Ernst Thälmann immer ein offenes Ohr für die Probleme des Kommunistischen Jugendverbandes. Er kritisierte aber stets auch, daß es dem KJVD nur unzureichend gelang, Massen der Arbeiterjugend zu organisieren. Ernst Thälmann richtete den Blick der Partei darauf, nicht nur eine Vorhut der Jugend anzusprechen, sondern sich den Massen der Jugend zuzuwenden.

Aus der Notwendigkeit, den zahlreichen Opfern der Klassenkämpfe und der Klassenjustiz zu helfen, aber auch aus der internationalen Solidarität heraus entstanden große Massenorganisationen, wie die Rote Hilfe Deutschlands und die Internationale Arbeiterhilfe. In diesen Organisationen leisteten so bedeutende Funktionäre wie Clara Zetkin und Wilhelm Pieck eine große Arbeit. Die Erziehung zur Klassensolidarität und zur internationalen Hilfe vereinte Hunderttausende parteiloser Arbeiter mit den Kommunisten. In diese Artikel wurden aber auch Genossen der SPD einbezogen. Bedeutende Künstler der Weimarer Republik stellten sich der Arbeit der Solidaritätsorganisationen zur Verfügung.

Hatte die Partei so mit RFB, KJVD, Pionieren, IAH und RHD eine Peripherie unmittelbar mit ihrer Arbeit verbundener Organisationen, so widmete sie zugleich der Mitarbeit der Kommunisten in allen anderen Kultur-, Sport- und Freizeitorganisationen der Arbeiterklasse große Aufmerksamkeit. In allen Bereichen des kulturellen und sportlichen Lebens der Weimarer Zeit gab es in der Regel zwei Verbände, die klassenmäßig orientiert waren, die sogenannten bürgerlichen Verbände, und die Arbeitersport- und Kulturorganisationen. Diese Arbeiterkultur- und Sportorganisationen wirkten im Umkreis der Arbeiterparteien. In ihnen trafen sich Kommunisten, Sozialdemokraten und viele Parteilose. In den meisten Städten bestanden solche Arbeitersport- und Kulturkartelle. Um die Vielfalt dieser Organisationen bewußt zu machen, sei hier nur ein Bericht der Bezirksorganisation Wasserkante der KPD über die Tätigkeit der Partei von 1927 bis 1929 genannt, der die Arbeit von Kommunisten in zehn solcher Massenorganisationen einschätzt. Zu ihnen gehörten die Freidenker, Elternräte, die Schulgesellschaft, der Volksfilmverband, der Arbeitertheaterbund, der Arbeiterradiobund, die Arbeiterphotographen, Musik- und Sportorganisationen bis zum Arbeiter-Samariter-Bund.

Der KJVD und die Jugend

Die Rote Hilfe Deutschlands

Kommunisten in den Massen- organisationen

II. In welch großen Massenaktionen bewährte sich die KPD im Kampf gegen Bürgerblock und Reaktion?

Der Bürgerblock regiert

Im Frühjahr 1925, nach dem plötzlichen Tod des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert, wurde der Monarchist und Durchhaltefeldmarschall des ersten Weltkrieges, Paul von Hindenburg, zum Reichspräsidenten gewählt. Seine Wahl stärkte die Positionen der Rechten. Die Monarchisten konnten sich jetzt zeitweilig mit der Weimarer Republik abfinden, setzten auf ihre innere Aushöhlung. Es regierte der Bürgerblock, zeitweilig unter Einbeziehung der Deutschnationalen Volkspartei, bei Ausschaltung der SPD aus der Reichsregierung. Allerdings blieb die bedeutsame Preußenregierung unter der Führung der SPD.

Alle Reparationslasten den Massen aufgebürdet

Die Reaktion fühlte sich um so stärker, als es ihr auch gelang, ein neues Reparationsabkommen abzuschließen. Mit dem „Dawes-Plan“ erfolgte eine internationale Umschuldung. Deutschland mußte jetzt nur noch Zahlungen an die USA leisten zur Bezahlung der Zinsen für die Schulden, die die Siegermächte dort während des Krieges gemacht hatten. Zur Sicherung dieser Zahlungen wurden deutsche Steuern und Zölle sowie die Reichsbahn verpfändet. Damit waren die Massenbelastungen in einem internationalen Abkommen festgeschrieben. Die KPD protestierte entschieden gegen diese Massenbelastungen und die Preisgabe nationaler Interessen.

Die Fürsten wollen kassieren

Doch die Reaktion wollte noch mehr. Ihr genügte nicht die Verlagerung aller Lasten auf die Schultern der Werktätigen, sie verlangte jetzt auch noch die zusätzliche Entschädigung der 1918 davongejagten deutschen Fürsten. Die 1918 gestürzten Fürsten hatten von Anfang an von den in ihrer Mehrzahl sozialdemokratisch beeinflussten Landesregierungen der deutschen Teilstaaten beachtliche Pensionszahlungen erhalten. Jetzt, nachdem Hindenburg Reichspräsident war, wollten sie mehr. Die Hohenzollern und alle anderen früher regierenden Fürstenhäuser hielten es an der Zeit, hohe Entschädigungsansprüche für angeblich verlorenes Vermögen zu stellen. Da in der Monarchie zwischen Privatbesitz der Fürsten und Staatsbesitz keine klare Trennung bestand, verlangten die Fürsten riesige Entschädigungssummen, insgesamt im Wert von etwa 2,8 Milliarden Goldmark. Zur gleichen Zeit erhielten die Kriegsoffer Hungerrenten, die Löhne waren weit unter dem Vorkriegsstand, der Achtstundentag vielerorts praktisch abgeschafft, es gab Hunderttausende Arbeitslose. Hinzu kam, daß die Bürgerblock-Regierungen von Jahr zu Jahr den Wehretat steigerten.

Die Forderungen der Fürsten stießen auf große Empörung in den Volksmassen. Die SPD-Regierung Preußens hatte bereits Verhandlungen mit den Hohenzollern aufgenommen, um ihre Forderungen anzuerkennen. Die KPD aber forderte statt dessen in den Parlamenten die entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen und die Einstellung aller Zahlungen. Dieser Forderung schlossen sich auch bürgerlich-demokratische und pazifistische Kräfte an. Gemeinsam leiteten sie ein Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung ein.

Unter dem Druck der Massenbewegung schlossen sich Anfang 1926 auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD der Forderung nach einem Volksbegehren an. Es wurde ein gemeinsamer Ausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens gebildet. Unter seinem Aufruf standen die Unterschriften von Thälmann, Vorsitzender der KPD, Wels, Vorsitzender der SPD, und dem bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler Kuzcinski. Viele Massenorganisationen der Arbeiterklasse, aber auch bürgerlich-demokratische Kräfte, unterstützten diesen Ausschuß.

Die Aktionseinheit der Arbeiterparteien in dieser Frage hatte eine große Ausstrahlungskraft. Mehr als zwölf Millionen Bürger leisteten ihre Unterschrift unter die Forderung nach Einleitung eines Volksbegehrens. Sie bekannten sich damit öffentlich zum Kampf gegen die Rechtsentwicklung in Deutschland. Beim anschließenden Volksentscheid stimmten 14,5 Millionen für die Enteignung der Fürsten. Das waren vier Millionen Stimmen mehr, als SPD und KPD gemeinsam bei den letzten Wahlen 1924 erreicht hatten. Auch die Teilnahme am Volksbegehren war praktisch eine offene Abstimmung, da die Rechtsparteien zum Boykott des Volksentscheids aufgerufen hatten und jeder, der zur Wahl ging, damit bezeugte, daß er für die Enteignung der Fürsten stimmte. Durch einen Trick erreichte Hindenburg, daß dem Volksbegehren trotz der großen Beteiligung und der Zustimmung von 14,5 Millionen Wählern kein Erfolg beschieden wurde. Hindenburg erklärte das Gesetz zur Fürstenenteignung für verfassungsändernd, in diesem Fall wäre die Mehrheit aller Wahlberechtigten erforderlich gewesen, um das Gesetz durchzusetzen. Doch obwohl die Fürsten anschließend, auch unter Mitwirkung sozialdemokratischer Landesregierungen, Hunderte Millionen an Entschädigung erhielten, war der Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung die breiteste Einheitsaktion in der Geschichte der Weimarer Republik nach dem Kapp-Putsch. Sie demonstrierte die große Kraft und Ausstrahlungsfähigkeit einer einheitlich handelnden Arbeiterbewegung auf die Mittelschichten.

Wenn es in der Folgezeit nicht zu weiteren großen gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse kam, so lag das nicht an der mangelnden Bereitschaft der KPD zur Zusammenarbeit mit der SPD. Und die KPD bewies mehrfach, daß sie auch im parlamentarischen Kampf bzw. bei Wahlen zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit war. So schlug sie 1925 in Berlin eine Listenverbindung zwischen SPD und KPD vor, um die Restwahlstimmen gemeinsam zugunsten der Linken zu sichern. Die SPD lehnte ab. Als dennoch im Berliner Stadtrat eine Linksmehrheit zustande kam, lehnte die SPD eine Unterstützung durch die KPD für eine von der SPD zu bildende Regierung ab und koalierte statt dessen mit dem Bürgerblock. Ähnlich ging es in fast allen deutschen Ländern, in denen Linksmehrheiten bei Wahlen entstanden. Noch im Oktober 1927 fanden in Hamburg solche Verhandlungen zwischen einer von Thälmann geleiteten Delegation der KPD mit der SPD und dem ADGB statt. Allerdings war die Koalition der SPD-Führung mit den Bürgerblockparteien schon vor Verhandlungsbeginn insgeheim perfekt. Die Verhandlungsbereitschaft der SPD mit der KPD war nur ein Scheinmanöver gegenüber den Massen. Die KPD verband ihre Bereitschaft, Regierungen der SPD gegen den Bürgerblock zu unterstützen, stets mit Forderungen zur Verwirklichung sozialer und demokratischer Rechte der Arbeiter. Doch zu deren Annahme waren die SPD-Führer nie bereit.

Volksbegehren gegen Fürstenabfindung

Erfolg der Aktionseinheit

SPD-Führung verhindert weitere gemeinsame Erfolge

Staatliche Zwangsschlichtung

Auch in den Gewerkschaften des ADGB wirkten die Kommunisten mit dem Ziel des gemeinsamen Kampfes zur Abwehr der Unternehmeroffensive. Der Reichsverband der deutschen Industrie, in dem die Herren der Großindustrie das Sagen hatten, hatte sich 1925, nach Bildung der Bürgerblock-Regierung und der Hindenburg-Wahl, als „staatsbejahend“ zur Weimarer Republik bekannt. Als Gegenleistung forderte er von der Regierungspolitik die steuerliche Entlastung der Unternehmer, die Unterstützung bei der Verlängerung der Arbeitszeit und beim Druck auf die Tarifbewegungen. Als Instrument des Drucks gegen die Lohnforderungen der Arbeiter diente die in der Weimarer Republik bestehende staatliche Zwangsschlichtung, deren Schiedssprüche von der Regierung als verbindlich erklärt werden konnten. Hinzu kam, daß auch in dieser Periode, trotz Hochkonjunktur, ständig Hunderttausende Arbeiter und Angestellte arbeitslos blieben.

Der ADGB beschloß zwar auf seinen Kongressen, gegen Lohnraub und Arbeitszeitverlängerung, für Lohnerhöhungen und Achtstundentag anzutreten. Er trat schließlich auch aus der 1919 gebildeten Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerverbänden aus. Doch orientierte er sich zugleich auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD, die über „Wirtschaftsdemokratie“ und Mitarbeit im „demokratischen Staat“ das Hineinwachsen in den Sozialismus versprach. So wurden richtige Beschlüsse, z. B. die Bildung von Industriegewerkschaften, nicht verwirklicht, notwendige Kämpfe durch Zwangsschlichtung abgebrochen bzw. gar nicht erst begonnen. Dort, wo Arbeiter dennoch kämpften, wie etwa die 18000 Hafenarbeiter im Oktober 1926 in Hamburg für eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung, unterstützten die Gewerkschaften oftmals diese Kämpfe nicht und fielen der einheitlichen Streikfront in den Rücken. Daraus ergab sich die Notwendigkeit für die kommunistischen und anderen fortschrittlichen Gewerkschafter, durch Arbeit in den Betrieben und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen oft gegen den Willen der Vorstände zum Kampf zu drängen. Wo es ohne die Zustimmung der Gewerkschaftsführungen zu Arbeitskämpfen kam, mußte die Solidarität der Werktätigen mobilisiert werden.

Kongresse der Werktätigen und der Erwerbslosen

Im Ergebnis großer Streikaktionen in fast allen Teilen Deutschlands, stiegen die Nettolöhne von 26,50 Mark im Jahre 1924 auf 42,40 Mark im Jahre 1929. Gleichzeitig stieg allerdings auch der offizielle Index der Lebenshaltungskosten um 25 Prozent. Auch 1929 lag der Nettolohn noch erheblich unter dem errechneten Existenzminimum von 49,65 Mark. Zudem wurde die Lohnerhöhung erkaufte mit einem Ansteigen der Arbeitszeit auf 50 bis 57 Wochenstunden und einer Steigerung der Arbeitsleistung pro Stunde um rund 40 Prozent. Bei der Suche nach richtigen Formen der Entwicklung der Kampfbereitschaft der Arbeiter, für die Verteidigung und den Ausbau sozialer Rechte, entwickelte die KPD eine Reihe neuer Kampf- und Organisationsformen. So entstand auf Initiative der KPD ein Vorbereitungsausschuß zur Konferenz eines Kongresses der Werktätigen, zu dessen Mitgliedern neben Kommunisten auch linke Sozialdemokraten, christliche Arbeiter, Bauernvertreter und andere demokratische Kräfte gehörten. Am Reichskongreß der Werktätigen, der im Dezember 1926 in Berlin tagte, nahmen 1956 Delegierte teil, darunter 858 Kommunisten, 137 Sozialdemokraten, 42 Bauern, Angehörige der Christlich-Sozialen Reichspartei und andere bürgerliche Parteien. In ähnlicher Form wurden Kongresse der Arbeitslosen organisiert, die konkrete Kampfprogramme beschlossen.

So leisteten die Kommunisten in vielfältiger Form einen aktiven Beitrag zur Mobilisierung des arbeitenden Volkes, zur Verteidigung seiner Rechte gegen die Unternehmeroffensive.

Eine große Rolle spielte auch die internationale Solidarität. Als 1926 in England ein großer Generalstreik begann, wurde auf Thälmanns Initiative sofort ein Vertreter der KPD nach England gesandt, um die Kampferfahrungen der englischen Arbeiter kennenzulernen. Zugleich entwickelte die KPD eine breite Solidarität zur Unterstützung des englischen Generalstreiks. Breite Demonstrationen gab es gegen die Verurteilung und Ermordung der amerikanischen Arbeiter Sacco und Vanzetti, mit der die US-Reaktion die Arbeiterbewegung ihres Landes einschüchtern wollte. Solidarität übten deutsche Arbeiter mit dem revolutionären Kampf des chinesischen Volkes.

Im Mittelpunkt des Gedankens der internationalen Solidarität stand der Kampf um den Frieden, gegen die in dieser Zeit wachsende Bedrohung der Sowjetunion durch den internationalen Imperialismus. Hatte die deutsche Regierung mit dem Rapallo-Vertrag die Politik der friedlichen Koexistenz mit der Sowjetmacht eingeleitet, so war das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus auch verbunden mit wachsenden Tendenzen, sich in die imperialistische Kriegsfront gegen die Sowjetmacht einzureihen. Der deutsche Imperialismus hoffte, dadurch die Rüstungskontrollen loszuwerden, das Zugeständnis zu erhalten, seine eigene militärische Macht erneut aufzubauen. Das ging angesichts des Führungsanspruchs des französischen Imperialismus jedoch nicht reibungslos. Die heute von vielen bürgerlichen Historikern als Friedenspolitik gefeierte Außenpolitik des damaligen deutschen Außenministers Stresemann, die die Aussöhnung mit dem französischen „Erbfeind“ verkündete, war ihrem Wesen nach auf einen antisowjetischen Kurswechsel der deutschen Politik ausgerichtet. Diesem Ziel diente der Vertrag von Locarno, der 1925 abgeschlossen wurde und mit dem Deutschland der Beitritt zum Völkerbund ermöglicht wurde. Deutschland anerkannte in diesem Vertrag die Westgrenzen Deutschlands, verweigerte jedoch die dauerhafte Anerkennung der deutschen Ostgrenzen. Da die Zugeständnisse vor allem Frankreichs an die deutschen Aufrüstungsbegehren nicht weit genug gingen, verpflichtete sich die deutsche Regierung 1926 im Berliner Vertrag mit der Sowjetunion, im Falle eines Angriffskrieges gegen diese neutral zu bleiben. Doch dieser Berliner Vertrag war weniger Ausdruck des Willens zur sachlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht, als vielmehr als Druckmittel gedacht, größere Zugeständnisse von den westlichen imperialistischen Mächten zu erreichen.

Aus diesen Gründen bekämpfte die KPD die Locarno-Politik als eine Politik der neuen Kriegsvorbereitung, erzog sie die deutsche Arbeiterklasse zur Solidarität mit dem ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt, der Sowjetunion. In dieser Zeit fällt Ernst Thälmanns Wort: „Das Verhältnis zur Sowjetunion ist der Prüfstein für jeden Kommunisten.“

Eine große Rolle bei der Entwicklung dieses klassenmäßig richtigen Verhältnisses zur Sowjetmacht spielten die von der KPD organisierten ersten Studienfahrten von Arbeiterdelegationen in die UdSSR. Zu diesen Studienfahrten wurden von großen Massenversammlungen sowohl Kommunisten, Sozialdemokraten als auch parteilose Arbeiter delegiert. Nach ihrer Rückkehr berichteten sie in ganz Deutschland über

Internationale Solidarität

Gegen die Einbeziehung Deutschlands in ein antisowjetisches Bündnis

Verhältnis zur Sowjetunion – Prüfstein für jeden Kommunisten

Arbeiterdelegationen in die UdSSR

das Leben im ersten sozialistischen Staat. Das war ein wichtiger Beitrag gegen den Antisowjetismus, gegen die Versuche, Deutschland in eine antisowjetische Einkreisungspolitik einzubeziehen, es war zugleich bedeutsam für die Entwicklung des Klassenbewußtseins im eigenen Land. Die SPD-Führung allerdings schloß die Delegationsteilnehmer, die der SPD angehörten, aus ihrer Partei aus. Im Ergebnis dieser Delegation entstand eine Massenorganisation, in der sich die Freunde der Sowjetunion organisierten.

III. Welche Bedeutung hatte die Politik der Hermann-Müller-Regierung für das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten am Ende der zwanziger Jahre?

Ursachen des Linksrucks

Unter dem Druck wachsender Klassenkämpfe gegen die sozialreaktionäre Bürgerblockpolitik kam es im Mai 1928 erneut zu einer vorgezogenen Reichstagswahl. Sie brachte eine erhebliche Stimmenverschiebung zu den Arbeiterparteien. Die SPD gewann 1,3 Millionen Stimmen und erreichte fast 30 Prozent Stimmenanteil. Die KPD vergrößerte ihre Stimmenzahl um mehr als 500 000 und erreichte 10,6 Prozent. Großer Verlierer war die Deutschnationale Volkspartei, die Millionen Wähler einbüßte. Hitlers NSDAP erhielt nur 800 000 Stimmen (2,6 Prozent). Dieses Wahlergebnis kennzeichnete einen neuen Aufschwung der deutschen Arbeiterbewegung und war eine klare Absage an die vom Bürgerblock vertretene reaktionäre Innen- und Sozialpolitik und der raschen Steigerung der Militärausgaben.

Erwartungen der Arbeiter und des Großkapitals

Im Ergebnis dieser Wahlen wurde der Sozialdemokrat Hermann Müller mit der Regierungsbildung beauftragt. Unter seiner Führung entstand ein Kabinett der großen Koalition, dessen Minister von SPD, Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Demokraten und Deutscher Volkspartei gestellt wurden. In diese neue, sozialdemokratisch geführte Regierung setzten sowohl die Volksmassen als auch das Großkapital große Erwartungen. Diese Erwartungen waren allerdings genau entgegengesetzt. Die Arbeiter erwarteten von der SPD-geführten Regierung den Ausbau der Sozialpolitik, die Reduzierung der Rüstungsausgaben, ein Zurückdrängen der reaktionären Kräfte und die Sicherung demokratischer Rechte. Das Großkapital dagegen war mit der Einbeziehung von Sozialdemokraten in die Reichsregierung einverstanden, weil es sich davon erhoffte, den im Volk vorhandenen Widerstand gegen eine Teilnahme am neuen Wettrüsten abzubauen und zugleich auch die völlige Aufhebung der Rüstungskontrollen und der Rüstungsbeschränkung zu erreichen.

Die Panzerkreuzer-Affäre

Die SPD hatte den Wahlkampf geführt unter der Losung „Kinderspeisung statt Panzerkreuzerbau“. Im Reichsetat für 1928 hatte die Bürgerblockregierung fünf Millionen Mark für Kinderspeisung gestrichen, zugleich jedoch Millionen eingesetzt für ein neues Panzerschiff. Der Panzerschiffbau war Ausdruck des Willens zur Teilnahme des deut-

schen Imperialismus am neuen Rüstungswettlauf. In der Haltung zu diesem Plan einer neuen Flottenrüstung mußte sich entscheiden, ob die SPD-Minister den Erwartungen des Volkes oder denen des Großkapitals entsprachen. Offiziell lehnte die SPD auch nach den Wahlen den Bau des Panzerkreuzers ab. Im Reichstag stimmten ihre Abgeordneten gegen die Billigung weiterer Mittel. Doch im Reichskabinett, wo Hermann Müller die Richtlinien der Politik bestimmte, wo zudem die der DDP angehörenden Minister erklärten, sie würden so stimmen wie die Sozialdemokraten, stimmten die Minister für den Weiterbau des Panzerkreuzers. Die SPD-Minister erwiesen sich als willige Erfüllungsgehilfen der Politik des Rüstungskapitals. Unterschiedlich war auch die Argumentation, mit der Sozialdemokraten und Kommunisten im Parlament gegen den Panzerkreuzerbau auftraten. Die Kommunisten bekämpften ihn als Ausdruck der wachsenden Aggressivität des deutschen Imperialismus, als Beginn einer neuen Rüstungswelle, einer neuen deutschen Beteiligung am Kampf um die Neuverteilung der Welt. Die SPD beschränkte sich dagegen auf pazifistische Argumente, bezeichnete den Panzerkreuzer als militärisch sinnlos, da er den sowjetischen Schlachtschiffen sowieso unterlegen sei, und verband so selbst ihren Pazifismus mit Antisowjetismus. Die KPD versuchte den Bau des Panzerkreuzers durch Einleitung eines Volksbegehrens zu stoppen. Die nötige Zahl von zehn Prozent aller Stimmberechtigten, die sich in offener Stimmabgabe in die Listen eintragen mußten, wurde allerdings nicht erreicht, da die SPD sich energisch gegen ein Volksbegehren aussprach und den Arbeitern einredete, das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau richte sich nur gegen die SPD. Dennoch war die Kampagne um das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau ein wichtiges Instrument der Mobilisierung antimilitaristischer Kräfte.

Doch der SPD-Führung genügte es nicht, dem Panzerkreuzer entsprechend den Wünschen des Rüstungskapitals zuzustimmen. Um die Opposition gegen die weitere Rüstungspolitik insgesamt zu schwächen, legte die SPD-Führung auf ihrem Magdeburger Parteitag 1929 ein Wehrprogramm vor, in dem die SPD, die bis dahin im wesentlichen mit pazifistischen Lösungen Politik gemacht hatte, sich zur Unterstützung und zum Ausbau der Reichswehr bekannte. Das bedeutete einen völligen Kurswechsel gegenüber den Versprechungen, mit denen man im Wahlkampf 1928 aufgetreten war. In der SPD regte sich starker Widerstand, eine Minderheit verließ wegen dieses Wehrprogramms und der Haltung zum Panzerkreuzerbau 1931 die SPD. Die Mehrzahl dieser oppositionellen Sozialdemokraten kam jedoch nicht zur KPD, sondern gründete die SAP und vertiefte damit die Spaltung der Arbeiterbewegung.

Am 1. Mai 1929 verbot die SPD-geführte Preußenregierung für Groß-Berlin die Maidemonstration. Während die Maiveranstaltungen im ganzen übrigen Deutschland friedlich verliefen und damit eindeutig die Behauptung des preußischen Innenministers widerlegten, die KPD habe für den 1. Mai 1929 große Aufstandspläne vorbereitet, führte der Polizeiterror in Berlin zu harten Zusammenstößen. Die Arbeiter Berlins waren nicht bereit, das Demonstrationsverbot zu akzeptieren, zumal für das Recht, am 1. Mai zu demonstrieren, bereits im Kaiserreich eine ganze Generation von Arbeitern gekämpft hatte. In Berlin schoß die Polizei in die friedliche Maidemonstration der Kommunisten, woraufhin in Wedding und in Neukölln die Arbeiter sich gegen diese Polizeiprovokation mit Barrikaden zur Wehr setzten. Es gab 33 Tote bei

SPD-Führer auf Rüstungskurs

Der Blutmai 1929

den Arbeitern. Statt die Verantwortlichen für diesen Arbeitermord in Polizei und Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, nahm die Preußenregierung den 1. Mai 1929 zum Anlaß, um den RFB zu verbieten. Das hatte im Frühjahr 1928 bereits der reaktionäre Innenminister von Keudell in der Bürgerblockregierung beantragt, aber angesichts des Widerstands der Volksmassen nicht durchsetzen können. Jetzt wurde unter Verantwortung sozialdemokratischer Minister die antimilitaristische Wehrorganisation der Arbeiterklasse verboten. Dies geschah zum selben Zeitpunkt, da der Faschismus in Form der SA und SS seine paramilitärischen Terrororganisationen ausbauen und zum Teil neu schaffen konnte.

Auch im Bereich des sozialen und wirtschaftlichen Kampfes erfüllte die SPD-geführte Regierung nicht die Erwartungen der Massen. Sie half mit, die Gewerkschaften noch fester an die Kette der staatlichen Zwangsschlichtungen zu legen.

Die Zeit der Hermann-Müller-Regierung war gekennzeichnet von der Endphase der Hochkonjunktur und dem Beginn der Weltwirtschaftskrise. Während durch Rationalisierung die Arbeitsintensität immer stärker stieg, mußte um jeden Pfennig Lohn hart gekämpft werden. Das Großkapital führte gegen Lohnforderungen u. a. auch den Nationalismus ins Feld. Angeblich würden höhere Löhne die Verhandlungen um ein neues Reparationsabkommen (Young-Plan) stören, die 1929 geführt wurden. Die Siegermächte würden auf höheren Zahlungen bestehen, wenn es den Arbeitern sichtbar besser gehe.

Die Nord-West-Aussperrung

Doch große Teile der Arbeiterklasse waren nicht bereit, auf den Kampf um Lohnerhöhung zu verzichten. Unter dem Druck der Belegschaften kam es zum Teil gegen den Willen der Gewerkschaftsführungen zu großen Streiks. Einer der bedeutendsten war der Kampf der Metallarbeiter des Tarifgebiets Nordwest um Lohnerhöhung, bei dem in der Zeit vom 1. November bis zum 4. Dezember 1928 219 000 Metallarbeiter des Ruhrgebiets ausgesperrt wurden. Sie hatten eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig gefordert. Am 27. Oktober hatte Arbeitsminister Wissell (SPD) einen Schiedsspruch verkündet, der zwei bis sechs Pfennig Lohnerhöhung vorsah und von der Gewerkschaft angenommen wurde. Doch die Unternehmer sagten selbst zu diesem Schiedsspruch nein und sperrten die Arbeiter aus. Nach anfänglich starken Reden auch der SPD-Minister über Hilfe für die Ausgesperrten fiel die SPD-Führung schließlich den Arbeitern in den Rücken. Sie ernannte mit Reichsinnenminister Severing einen neuen Schlichter, der einen neuen Schiedsspruch fällte, der den Unternehmern diente und rund 80 Prozent der kämpfenden Metallarbeiter ohne einen Pfennig Lohnerhöhung ließ.

Kann man in der Krise kämpfen?

Um die sozialdemokratisch geführte Regierung nicht in Schwierigkeiten zu bringen, bemühten sich die ADGB-Führer in diesen Jahren immer eindeutiger, Lohnkämpfe zu verhindern. So wie im Nordweststreik waren sie immer bereit, auch ausgesprochen schlechte Schiedssprüche sofort zu akzeptieren. Mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 kam dazu ihr Argument: „In der Krise kann man nicht kämpfen.“ Diese Politik des Nachgebens gegen den Unternehmerdruck wurde auch dann fortgesetzt, als 1930 die SPD aus der Regierung verdrängt wurde und mit der Brüning-Regierung die Politik der Notverordnungen begann, die weiteren Abbau sozialer Rechte und der Löhne und Gehälter bewirkte.

Die Position der ADGB-Führer stand im Widerspruch zur Auffassung der Kommunisten und vieler anderer Gewerkschafter, die den Kampf um die Erhaltung und den Ausbau sozialer Rechte, um Erhöhung der Löhne forderten. Um diesen Kampfwillen zu unterdrücken, wurden immer mehr Kommunisten und andere Oppositionelle aus den ADGB-Gewerkschaften ausgeschlossen. So wurden z. B. in Berlin alle Rohrleger aus dem Metallarbeiter-Verband (DMV) ausgeschlossen, als sie – unter Einhaltung der in den Gewerkschaften üblichen Normen bei Durchführung einer Urabstimmung – ihren Kampf um eine Lohnerhöhung gegen den Willen der Verbandsführung fortsetzten.

Im Herbst 1929 entstand daraufhin als Zusammenfassung der oppositionellen Mitglieder in den ADGB-Gewerkschaften und der ausgeschlossenen Kollegen die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Ihr Ziel war, in den Gewerkschaften für eine kampforientierte Gewerkschaftspolitik zu wirken und zugleich für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen einzutreten. Entsprechend den Hinweisen von Ernst Thälmann wandte sich der 1. RGO-Kongreß ausdrücklich dagegen, aus der RGO eine eigene Gewerkschaftsorganisation zu machen. Auf diesem Kongreß (30.11.–1.12. 1929) waren die meisten der Delegierten noch Mitglieder des ADGB (759 ADGB-Mitglieder gegenüber 152 Ausgeschlossenen).

Im Sommer 1930 setzte sich angesichts verschärfter Ausschlußmaßnahmen – aber auch einer falschen Einschätzung des Ausmaßes der Unzufriedenheit und der Kampfbereitschaft der Arbeiter zu diesem Zeitpunkt – die Auffassung durch, die RGO zur Bildung selbständiger Roter Verbände zu nutzen. Doch diese Verbände wurden nirgendwo zu wirklichen Massenorganisationen, erfaßten auf dem Höhepunkt, im Frühjahr 1932 etwa 250 000 Mitglieder. Sie konnten zwar einige bedeutsame Aktionen zur Abwehr von Unternehmerangriffen führen, jedoch war die Trennung von den ADGB-Gewerkschaften zugleich weitgehend damit verbunden, auf den Kampf in diesen Gewerkschaften für deren Kampforientierung zu verzichten. Schon bald wandte sich besonders Ernst Thälmann gegen diese Erscheinung, bemühte sich, die Folgen der fehlerhaften Entscheidung zur Bildung eigener Verbände zu korrigieren. So wurde 1932 bereits von der Führung der KPD wieder auf Verstärkung der Arbeit in den ADGB-Gewerkschaften orientiert. 1934, im antifaschistischen Widerstand, wurden die noch bestehenden RGO-Verbände aufgefordert, an der Wiedererrichtung einheitlicher, freier Gewerkschaften mitzuwirken.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zog aus den Fehlern der Gewerkschaftspolitik für die ganze kommunistische Weltbewegung die Schlußfolgerung, in allen Ländern für die nationale und internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken. Die KPD hat bereits in der Illegalität zur Zeit des Faschismus viel dazu beigetragen, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken. So vereinigten sich im Saargebiet vor dessen Anschluß an Hitler-Deutschland noch die Gewerkschaftsverbände zum gemeinsamen Kampf gegen den Anschluß. 1945 gehörten Kommunisten zu den aktivsten Kräften beim Aufbau der einheitlichen Gewerkschaften, sie sehen auch heute in den im DGB vereinigten Einheitsgewerkschaften eine der wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik.

Was führte zur RGO?

Ein Fehler: Rote Verbände

KPD korrigierte den Fehler Einheits- gewerkschaft – eine Errungenschaft

War die KPD-Politik „ultralinks“?

Wo liegen die Ursachen der Vertiefung der Spaltung?

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Geschichtsschreibung wird oft behauptet, 1928 habe die KPD, ferngesteuert von der Kommunistischen Internationale aus Moskau, eine ultralinke Schwenkung in ihrer Politik vollzogen. Damit soll verschleiert werden, daß die Vertiefung der Spaltung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten ihre wichtigsten Ursachen in der Tatsache hat, daß SPD-Minister in dieser Zeit die Verantwortung für die Durchsetzung der Hauptziele des Großkapitals übernahmen.

Zu einem Zeitpunkt, da die Stabilisierung des Kapitalismus zu Ende ging und mit der Krise der Klassenkampf sich verschärfen mußte, da die Kriegsgefahr wuchs, übernahm die SPD-Führung mit der Regierungsübernahme führende Funktionen in der Vertretung der Interessen des Großkapitals. Sie half bei der Verbreitung der sozialen Basis seiner Macht und der Verbesserung seiner Ausgangspositionen für eine neue Aufrüstungs- und Kriegspolitik.

Die Regierungspolitik war verbunden mit einem verschärften Antisowjetismus und Antikommunismus in der Außen- und Innenpolitik. RFB-Verbot, Ausschluß der Linken aus der SPD, SPD-Wehrprogramm, Panzerkreuzerbau, Schlichtungspolitik und Ausschluß fortschrittlicher Gewerkschafter, das waren die Ursachen für die Vertiefung der Spaltung.

Auch ideologisch war dieser Prozeß mit einem immer eindeutigeren Bekenntnis der SPD-Führer zum kapitalistischen Staat der Weimarer Republik einschließlich seines offen reaktionären Unterdrückungsapparates, der Reichswehr und der Polizei verbunden. Die Einordnung der SPD-Führung in diesen Staat wurde verschleiert durch die Behauptung, in Deutschland sei bereits weit mehr an Sozialismus zu verteidigen als in der Sowjetunion, es gehe um den Ausbau der „Wirtschaftsdemokratie“. Der Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow verkündete zugleich, die SPD müsse sich als „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“ bewähren.

Wir können und wollen nicht verschweigen, daß vor diesem Hintergrund einer richtigen und kritischen Auseinandersetzung mit Positionen der SPD-Führer auch sektiererische Stimmungen in der KPD anwuchsen, die hindernd wirkten in dem immer notwendiger werdenden gemeinsamen Kampf gegen den aufkommenden Faschismus. Doch zugleich gilt es, immer klar zu erkennen, wo die Ursachen für die Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung liegen. Sie lagen in der Politik der sozialdemokratischen Führung.

1. Unter Führung Ernst Thälmanns gelang es, nach 1925 die neuen Kampfbedingungen in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zu meistern, die Partei gegen ultralinke, aber auch rechte Schwankungen zu einer fest auf dem Boden der Lehren von Marx, Engels und Lenin wirkenden Kampfpartei zu formieren.
2. Es gelang der Partei, sich dauerhaft und fest mit den Massen der Arbeiterklasse zu verbinden. Dazu gehörte vor allem die Verwirklichung der Organisationsprinzipien der Kommunistischen Partei, deren wichtigste Seite die Umstellung der Partei auf das Betriebszellensystem ist. Mit Hilfe der Betriebszellen wurde die Partei fest im Kern der Klasse verankert.
3. Große Aufmerksamkeit widmete Ernst Thälmann und das unter seiner Leitung stehende Zentralkomitee der KPD der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften. Die KPD orientierte dabei auf die Mitarbeit und feste Verankerung in den damals größten Gewerkschaften, die im ADGB zusammengeschlossen waren. Infolge der Bindung dieser Gewerkschaften an die SPD und deren Regierungspolitik kam es zu Massenausschlüssen von Kommunisten, die in der Folge auch Fehler in der Gewerkschaftspolitik der KPD – die Bildung Roter Verbände – bewirkten.
4. Zu den großen Erfolgen der KPD in dieser Zeit gehört ihre feste Verankerung in den Massen der Klasse über eine Vielzahl von Organisationen, in denen Kommunisten wirkten und ihre täglichen Verbindungen mit Sozialdemokraten und parteilosen Kollegen festigten. Gerade diese Massenverbindungen ermöglichten so große Massenkampagnen wie das Volksbegehren gegen die Fürstenabfindung u. a. m.
5. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Massenarbeit der Partei sah die KPD die ideologische Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen. Sie widmete der Schulungsarbeit in der Partei und der Diskussion der Politik in den eigenen Reihen stets große Aufmerksamkeit.
6. Die wichtigsten Erfahrungen, die diese Periode des Kampfes der KPD für unsere heutige Arbeit vermittelt, sind:
 - die Notwendigkeit, durch die Gewinnung Tausender neuer Betriebsarbeiter für die DKP unsere Partei fester mit dem Kern der Klasse zu verbinden;
 - unsere Partei stärker darauf zu orientieren, durch Mitarbeit von Kommunisten in den Massenorganisationen der Werktätigen dauerhafte Kontakte zu festigen.

Chronik

- | | | | |
|--------|---------|----------|--|
| 7.-10. | 4. | 1924 | 9. Parteitag der KPD in Offenbach und Frankfurt |
| | 4. | 5. 1924 | Reichstagswahlen (3,7 Mill. Stimmen für die KPD = 12,6 %) |
| 17. | 6.- 8. | 7. 1924 | V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale |
| | 7. | 12. 1924 | Reichstagswahlen (2,7 Mill. Stimmen für die KPD = 9 %) |
| | 1. | 2. 1925 | 1. Reichskonferenz des RFB |
| 29. | 3./26. | 4. 1925 | Reichspräsidentenwahl (Hindenburg wird Reichspräsident) |
| | 17. | 5. 1925 | 1. Reichskonferenz der Roten Hilfe Deutschlands |
| | 12.-17. | 7. 1925 | 10. Parteitag der KPD in Berlin |
| 14. | 7.-28. | 8. 1925 | 1. Arbeiterdelegation in die UdSSR |
| | August | 1925 | Offener Brief des EKKI an die deutschen Kommunisten |
| 31. | 10.- 1. | 11. 1925 | 1. Parteikonferenz der KPD – Thälmann übernimmt die Führung der Partei |
| | 7./ 8. | 11. 1925 | 1. Reichskongreß der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) |
| 4.-17. | 3./20. | 6. 1926 | Volksbegehren/Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung |
| | 1. | 12. 1926 | Reichskonferenz der Erwerbslosen |
| | 3. | 12. 1926 | Reichskonferenz der Werktätigen |
| | | 1926 | Gründung der MASCH (Marxistische Arbeiterschule) |
| | 2.- 7. | 3. 1927 | 11. Parteitag der KPD in Essen |
| | 20. | 5. 1928 | Reichstagswahlen (3 263 000 Stimmen für die KPD = 10,6 %) |
| | 28. | 6. 1928 | Bildung der Großen Koalition unter H. Müller (SPD) |
| 17. | 7.- 1. | 1. 1928 | VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale |
| | 3.-16. | 10. 1928 | Volksbegehren gegen Panzerkreuzerbau |
| 1. | 11.- 4. | 12. 1928 | Aussperrung von 213 000 Metallarbeitern des Ruhrgebiets |
| | 3./4. | 11. 1928 | 2. Parteikonferenz der KPD |
| | 9./10. | 3. 1929 | Internationaler Antifaschisten-Kongreß in Berlin |
| | 1. | 5. 1929 | Blutmai in Berlin – Verbot des RFB |
| | 8.-15. | 6. 1929 | 12. Parteitag der KPD in Berlin-Wedding |
| | 29. | 10. 1929 | Schwarzer Freitag in den USA – Börsenkrach, Beginn der Weltwirtschaftskrise |
| 30. | 11.- 1. | 12. 1929 | 1. Reichskongreß der Revolutionären Gewerkschafts Opposition (RGO) in Berlin |
| | 27. | 3. 1930 | Sturz der H.-Müller-Regierung |

Bücher zum Thema

Autorenkollektiv

Kommunisten im Reichstag

Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., Leinen, 536 S.,
DM 14,50
Best.-Nr.: 1110/8011014

Diese erste Publikation über die Parlamentsarbeit der KPD erschließt Neuland. Sie enthält insgesamt 25 Reichstagsreden und biographische Skizzen über bedeutende Abgeordnete der Kommunistischen Partei Deutschlands. Es wird bewiesen, daß die Parlamentsarbeit ein wesentlicher Teil der Gesamtpolitik der KPD war.



Otto Nagel

Die weiße Taube oder Das nasse Dreieck

Damnit-Verlag, München,
Kleine Arbeiterbibliothek
Band 52, 225 Seiten, DM 8,-
Best.-Nr.: 1130/7913006

Otto Nagel, der berühmte proletarische Maler, erzählt hier eine Geschichte aus dem Berliner Wedding. Die Opfer der Weltwirtschaftskrise 1929 treffen sich in der Kneipe „Das nasse Dreieck“, wo sie ein wenig Verständnis, Geborgenheit und einen warmen Kaffee finden.



Deppe/Fülberth
Harrer, u. a.

Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Pahl-Rugenstein Verlag,
Köln, Reihe Kleine Bibliothek, Bd. 90, 500 Seiten, Taschenbuch
DM 12,80
Best.-Nr. 1120/0700250

Das Buch bietet einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.



Rudolf Braune

Der Kampf auf der Kille



Kleine Arbeiterbibliothek



Willi Bredel

Die Söhne

Aufbau-Verlag, Berlin,
Leinen DM 12,25
Best.-Nr.: 50/6102619

Dieser Roman ist ein guter Einstieg in das Bildungsthema. Er reicht von 1900 bis in die ersten Jahre der Weimarer Republik.

Steffen Lehndorff

Wie kam es zur RGO?

Probleme der Gewerkschaftsentwicklung in der Weimarer Republik von 1927-1929
Verlag Marxistische Blätter,
Frankfurt/M., 159 S., Paperb.
DM 7,50
Best.-Nr.: 1110/0200201

Rudolf Braune

Der Kampf auf der Kille

Damnit Verlag, München,
Reihe: „Kleine Arbeiterbibliothek“, Bd. 42, 192 Seiten,
DM 6,80
Bestell-Nr. 1130/7813009

Von Rudolf Braune, dem jungen proletarisch-revolutionären Schriftsteller der Weimarer Zeit, waren bisher zwei Romane bekannt: „Das Mädchen an der Orga Privat“ und „Junge Leute in der Stadt“, beide im Damnit Verlag erschienen.

Mit „Der Kampf auf der Kille“ liegt das literarische Werk Braunes nun vollständig vor, nachdem es gelungen ist, die von den Nazis 1933 vernichteten Arbeiten in Manuskripten und Vorabdrucken der kommunistischen Presse wieder aufzufinden.

aus der **collectiv-Buchhandlung**

DKP-Anschriften

Deutsche Kommunistische Partei
Parteivorstand
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 48 10 01-04

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Baden-Württemberg
Stolzstraße 10, 7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 26 55 10

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nordwest
Schillerstraße 12a, 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 32 13 14

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hamburg
Tarpenbekstraße 66, 2000 Hamburg 36
Telefon (0 40) 47 65 69

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Hessen
Cronstettenstraße 18, 6000 Frankfurt/Main
Telefon (06 11) 55 02 87

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Niedersachsen
Hamburger Allee 38, 3000 Hannover 1
Telefon (05 11) 31 10 33

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Nordbayern
Fürther Straße 92, 8500 Nürnberg
Telefon (09 11) 3 24 61

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz
Rheinallee 40/II, 6500 Mainz
Telefon (0 61 31) 67 63 36

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen
Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf
Telefon (02 11) 36 20 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Ruhr-Westfalen
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen
Telefon (02 01) 22 21 95

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Saar
Bleichstraße 18, 6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 31 51 13

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Schleswig-Holstein
Hamburger Chaussee 3, 2300 Kiel
Telefon (04 31) 68 14 21

Deutsche Kommunistische Partei
Bezirksvorstand Südbayern
Reisingerstraße 5, 8000 München
Telefon (0 89) 26 79 68